Aus dem Eidgenössischen Versicherungsgericht**Wann muss das Gericht öffentlich tagen?**

Das Gebot eines öffentlichen Gerichtsverfahrens gewährleistet sowohl die Publikums- als auch die Parteiöffentlichkeit. Im Sozialversicherungsprozess ist jedoch oft ein entsprechender Antrag der Parteien erforderlich, damit eine Verhandlung öffentlich durchgeführt wird. Nicht jeder Antrag reicht laut Eidgenössischem Versicherungsgericht dafür aus.

Ro. Luzern, im Juli

In einem Verwaltungsgerichts-Beschwerdeverfahren vor dem Eidgenössischen Versicherungsgericht (EVG), in dem es um Forderungen gegen die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt ging, wurde dem Verwaltungsgericht des Kantons Bern vorgeworfen, es habe trotz einem beantragten Parteiverhör von einer *öffentlichen Verhandlung* abgesehen und damit Art. 6 Ziff. 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sowie Art. 108 Abs. 1 lit. e des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) verletzt. Die I. Kammer des EVG wies die Beschwerde ab, wobei sie sich näher zu den Voraussetzungen der Verfahrensöffentlichkeit äusserte.

Die Regeln

Nach Art. 6 Ziff. 1 EMRK hat jedermann Anspruch darauf, dass seine Sache in billiger Weise öffentlich gerichtlich beurteilt werde. Es steht heute ausser Frage, dass diese Bestimmung in sämtlichen Zweigen des Sozialversicherungsrechts auf Leistungs- und Beitragsstreitigkeiten anwendbar ist. Der Grundsatz der Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlung bezieht sich auf Parteien, Publikum und Presse. Er umfasst unter anderem den Anspruch des Einzelnen, seine Argumente dem Gericht mündlich in einer öffentlichen Sitzung vortragen zu können.

Nach Art. 108 Abs. 1 UVG wird das Verfahren der kantonalen Versicherungsgerichte grundsätzlich von den Kantonen selbst, doch unter Beachtung der in dieser Bestimmung aufgeführten Minimalanforderungen, geordnet. Zu diesen Minima gehört, dass die Parteien «in der Regel» zur Verhandlung *vorgeladen* werden und die Beratung des Gerichts in *Anwesenheit der Parteien* stattfinden «kann». Nach dem bernischen Verwaltungsrechtspflegegesetz können zu den Instruktionsverhandlungen (Vorbereitungsverhandlungen) Dritte nur mit Zustimmung der instruierenden Behörde und der am Verfahren Beteiligten Zutritt haben. Bei der *Beratung des Urteils* selber tagt das Verwaltungsgericht öffentlich und fällt sein Urteil ebenso, ausser im Sozialversicherungsrecht.

Art. 108 Abs. 1 lit. e UVG und das gestützt auf diesen Artikel erlassene kantonale Recht sind jedoch kraft des Vorrangs des internationalen Rechts so auszulegen, dass sie der Öffentlichkeitsgarantie von Art. 6 Ziff. 1 EMRK genügen. Ist dies durch Auslegung nicht zu erreichen, muss dem kantonalen Recht die Anwendung versagt und die EMRK unmittelbar angewendet werden.

Antrag als Voraussetzung

Gestützt auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 24. Juni 1993 hat das EVG erkannt, dass in der Sozialversicherungsrechtspflege ein ausdrücklicher oder aus den Umständen hervorgehender *Antrag* einer Partei erforderlich ist, um im Rechtsmittelverfahren eine

öffentliche Verhandlung herbeizuführen, sofern nicht wichtige öffentliche Interessen eine solche bereits gebieten. Selbst wenn ein solcher Antrag vorliegt, fällt jedoch ins Gewicht, dass das schriftliche Verfahren bei hochtechnischen Fragen und wegen der im Sozialversicherungsprozess von der Rechtsordnung gebotenen Einfachheit und Raschheit besser geeignet ist – besonders bei offensichtlich unzulässigen oder unbegründeten Beschwerden.

Die von der EMRK verlangte Öffentlichkeit ist primär im *erstinstanzlichen* Verfahren zu gewähren. Vor EVG gilt (von seinem Urteil U 97/94 bekräftigt), dass im Sozialversicherungsprozess für eine öffentliche Verhandlung bereits vor erster Instanz ein Parteienantrag gestellt werden muss (ausser, wesentliche öffentliche Interessen gebieten Mündlichkeit). In den nach kantonaler Praxis üblicherweise schriftlichen Verfahren ist das Fehlen eines solchen Antrags als Verzicht auf Öffentlichkeit zu werten. Ein Antrag müsste klar und unmissverständlich vorliegen. Verlangt eine Partei zum Beispiel lediglich persönliche Anhörung oder Befragung, ein Parteiverhör, eine Zeugeneinvernahme oder einen Augenschein, so ist dies nur ein Beweisantrag und noch kein Wunsch nach konventionsgemässer Verhandlung mit Publikums- und Presseanwesenheit. Eine öffentliche Hauptverhandlung erscheint auch erst nach Abschluss der Beweisaufnahmen sinnvoll.

Kein konkreter Antrag

Im vorliegenden Fall machten keine wichtigen Interessen der Allgemeinheit für sich allein schon eine öffentliche Verhandlung nötig. Der erforderliche Antrag lautete im vorinstanzlichen Verfahren nur auf ein Parteiverhör. Es handelte sich also lediglich um einen Beweisantrag. Praxisgemäss und angesichts der im Instruktionsverfahren restriktiv behandelten Öffentlichkeit ergab dies nicht einmal einen schlüssigen Hinweis, dass eine öffentliche Verhandlung gewünscht war.

Das EVG sah davon ab, zu entscheiden, inwiefern ein Verzicht der rechtsuchenden Partei auf Publikumsöffentlichkeit nicht als Preisgabe des Rechts der Partei auf mündliche Verhandlung zu werten wäre. Denn der vorliegende Parteienantrag zielte lediglich auf einen Beweis in der Sachverhaltsermittlung und nicht etwa klar und unmissverständlich auf eine Erörterung des Prozessstoffes. Das Gebot der *Fairness* des Verfahrens im Sinne der EMRK gewährleistet den Anspruch auf persönliches Erscheinen oder eine mündliche Anhörung vor Gericht nur, wenn dies für die Entscheidung der Sache von unmittelbarer Bedeutung ist. Über das Beweisthema des beantragten Parteiverhörs konnte die antragstellende Partei sich im zweifachen Schriftenwechsel hinlänglich Gehör verschaffen. Es war nicht ersichtlich, inwiefern die unmittelbare Wahrnehmung ihrer Person für die Urteilsfindung unerlässlich gewesen wäre. Die EMRK erschien nicht als verletzt.

Urteil U 41/94 vom 25. März 1996. – BGE-Publikation.